

Helmut Schneider – stellv. Vorsitzender der Fraktion BfA DRV-Gemeinschaft

„Nach ständigem und beharrlichem Drängen von Seiten unseres Vorstandes und unseren VertreterInnen beim vdek sowie im GKV-Spitzenverband, haben sich Mehrheiten für ein Klageverfahren gefunden. Die Unterfinanzierung der Bürgergeldempfänger muss in der GKV ein Ende finden. So kommen wir hoffentlich unserem Ziel, ausreichende Mittel vom Staat für die Gesundheitsversorgung dieser Personengruppe zu erhalten, einen Schritt näher. Das heißt, statt derzeit 133,17 Euro sind zukünftig mindestens 311 Euro pro Bürgergeldempfänger von der Bundesregierung in den Gesundheitsfond einzuzahlen.

Pro Jahr müssen die gesetzlichen Krankenkassen bislang 10 Mrd. Euro in ihrem Jahreshaushalten ausgleichen, die die Bundesregierung hätte zahlen müssen. Versicherungsfremde Leistungen, die die Bundesregierung uns ständig aufbürdet, haben zu diesem Schritt geführt. Wir bedanken uns schon jetzt bei Allen, die an dieser Entscheidung in den Gremien mitgewirkt haben. Hoffen wir auf eine zügige und schnelle Einreichung der Klageschrift.

Interessant wird auch womöglich ein weiteres gerichtliches Verfahren vor dem Sozialgericht in Koblenz sein. Armin Haberkorn aus Rheinland-Pfalz plant mit Unterstützung des Sozialverband (VdK) gegen die steigenden Krankenkassenbeiträge zu klagen. Hier geht es ebenfalls um versicherungsfremde Leistungen. Es handelt sich um die Krankenhausreform und den Transformationsfond mit seinen 50 Mrd. Euro, die hälftig von den Bundesländern und den gesetzlichen Krankenkassen aufgebracht werden sollen. Diese hälftigen 25 Mrd. Euro, die die GKV aufzubringen hätte, hat Herr Haberkorn mit seiner Klage im Fokus. Hier gilt es jedoch abzuwarten, ob diese 25 Mrd. Euro jährlich nicht letztlich doch über Kreditzahlungen im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur, das der Bundestag beschlossen hat, finanziert werden. Wenn dies allerdings nicht so kommen wird, ist hier bereits eine Klage in Vorbereitung.

Seit Mai dieses Jahres haben wir nach der Bundestagswahl eine neue Gesundheitsministerin, Frau Nina Warken. Im Vergleich zu ihren beiden Vorgängern (Spahn/Lauterbach) ist sie in den ersten 4 Monaten „unscheinbar“ und kaum „öffentlichkeitswirksam“ unterwegs. Man hört bislang nicht sehr viel von ihr. Das muss zwar nichts heißen, aber wir erwarten schon, dass innerhalb der Bundesregierung deutlich mehr Flagge gezeigt wird zum sensiblen Thema der Gesetzlichen Krankenversicherung. Zwar hat sie erkannt, der GKV muss finanziell unter die Arme gegriffen werden, nur passiert ist bislang nicht sehr viel. Lediglich mit Krediten beabsichtigt sie den Kassen aushelfen. Kredite helfen unserer DAK-G und den 93 noch

vorhandenen Mitbewerbern in der GKV aber nicht weiter, wenn jährlich mehr ausgegeben als eingenommen wird. Hier müssen andere Entscheidungen getroffen werden.

Am 12.09.2025 wurde in einer Pressekonferenz die „Finanz Kommission Gesundheit“ von Frau Warken vorgestellt. Diese Kommission soll bekanntlich nun alles richten und Vorschläge unterbreiten, wie die Kassenlandschaft wieder „fit“ gemacht werden kann. Ihre Aufgabenstellung, „Kostensteigerungen zu verhindern“ und den „medizinischen Fortschritt weiterhin zu finanzieren“, ohne dass nennenswerte Beitragssteigerungen erforderlich werden, sind aber nach Auffassung der Fraktion BfA DRV-Gem. nicht realisierbar. Das kann doch nur heißen, das Leistungsrecht der GKV wird eingeschränkt oder entsprechend zusammengestrichen. Wir kennen das schon aus der Vergangenheit, wenn derartige Kommissionen arbeiten!

Stichworte wie

- Sterbegeld oder
- Zahnersatz

sind uns noch sehr gut in Erinnerung. Wir als Fraktion BfA DRV-Gemeinschaft sagen schon heute, „Finger weg von der Familienversicherung“ und der „solidarischen Finanzierung der GKV“! Keine „Basistarife“ in der GKV oder finanzielle Beteiligungen von über 80jährigen Versicherten für Hüft- oder Knieoperationen. Derartig Betroffene stellen sich solchen Operationen nicht aus Lust und Laune, sondern ihre Leiden sollen beendet werden, damit sie wieder gut ihren Lebensabend verbringen dürfen.

Mit der Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger in die gesetzliche Krankenversicherung dagegen sind wir sehr einverstanden. Die Private Krankenversicherung (PKV) ist in der heutigen Zeit ein Auslaufmodell, das nicht mehr zeitgemäß ist. So wäre auch Schluss mit der Behandlung 1. und 2. Klasse. Jeder, der zum Arzt muss, hat dann die gleiche Wartezeit zu akzeptieren.

Auch das Thema „Hausärzte mit Pilotfunktion“, das Primärarztsystem ist ein diskussionsfähiger Ansatz, wenn es auf einer gewissen Freiwilligkeit basiert. Es ist dabei immer eine Frage, welches Vertrauen habe ich zu meinem Hausarzt und kann ich ihn als Pilot akzeptieren. Persönlich begrüße ich diesen Ansatz.

Wir müssen als Verwaltungsrat und Vorstand der DAK-Gesundheit aufpassen und sofort aktiv werden, wenn sich unsere Befürchtungen, was Negativvorschläge angehen, bewahrheiten sollten, und dabei aufpassen, dass wir die Politiker versuchen zu beeinflussen, die dies letztlich in der Politik mitzuentcheiden haben. Wie wir den Nachrichten haben entnehmen können,

wird ja offensichtlich der angekündigte „Herbst der Reformen“ wieder eingestellt. Von daher ist eher davon auszugehen, dass es im Jahr 2026 einen „heißen Frühling“ geben wird, wenn dann die Kommission zur GKV ihre ersten Vorschläge unterbreitet und dann auch die Kommission „Zukünftige Finanzierbarkeit der Pflegeversicherung“ ihre Vorschläge auf dem Tisch legt. Von daher wird eine ganze Menge auf uns alle zukommen und Langeweile wird es nicht geben. Wir müssen dabei solidarisch zusammenstehen und mit dafür Sorge tragen, dass negative Pläne sich nicht in Gesetzen wiederfinden.

Kommen wir abschließend zur DAK-Gesundheit. Damit die Mitgliederzahlen -und hier insbesondere in der Fokusgruppe- verbessert werden, haben wir die Zusammenarbeit mit dem Vergleichsportal „Check 24“ gesucht und gefunden und entsprechende Werbeprogramme aufgestellt. Wie uns berichtet wurde, stellen sich mit dieser Strategie erste Erfolge ein. Wir sind der Auffassung, so müssen wir weitermachen. Wer die Jugend gewinnt, dem gehört die Zukunft. Die jungen Menschen sind ja fast ausschließlich nur in diesen Vergleichsportalen unterwegs. Geiz ist geil ist das Gebot der jungen Menschen.

Wir gratulieren dem Team im Hause, die diese Strategie auf die Beine gestellt haben. Trotz dieser eingeleiteten Schritte dürfen wir die Universtitäten/Gesamthochschulen und andere Schulformen nicht außer Acht lassen. Hier müssen wir mit dem Vertrieb vor Ort präsent sein. Ich erinnere hierzu auch an die Ausführungen im Ausschuss Organisation und Personal (AOP).“